

Liebe Leserinnen und Leser,

bei aller Enttäuschung über die Nicht-Ergebnisse des Klimagipfels in Kopenhagen ist eines deutlich geworden: die Zeiten, in denen man darauf hoffen konnte, dass die Politik der Stimme der Vernunft folgt, sind vorbei. Kopenhagen zeigt, dass auf globaler politischer Ebene vorerst keine zukunftsweisenden und verbindlichen Entscheidungen für Natur-, Umwelt- oder Klimaschutz möglich sind. Wirtschaftliche Interessen und Machtspielereien haben noch immer einen höheren Stellenwert als die Zukunft unseres Planeten.

Dies gilt leider auch für Baden-Württemberg. Die Bahn und ihre Partner haben entschieden, dieses Frühjahr mit dem Bau von Stuttgart 21 zu beginnen. Sicher ist, dass die »unvorhersehbaren« Kosten für das Milliardengrab deutlich höher werden, als offiziell vorhergesagt. Wir bleiben dran und glauben weiterhin, das unsinnige und von der Mehrzahl nicht gewollte Projekt Stuttgart 21 noch verhindern zu können.

Es gibt somit jede Menge zu tun im neuen Jahr. Für den BUND ist es erklärtes Ziel, den drohenden Aus-

stieg aus dem Atomausstieg zu verhindern. Die neue Regierung strebt eine Laufzeitverlängerung an, hat aber bislang nicht definiert, was sie unter »sicheren Atomkraftwerken« – ein Widerspruch in sich – versteht. Damit Neckarwestheim 1 im Jahr 2010 endlich wie geplant abgeschaltet wird und weitere Atommeiler folgen, rufen wir Sie zum Widerstand auf. Kommen Sie am 21. März zahlreich zur Sternfahrt mit anschließender Kundgebung beim AKW Neckarwestheim (s. Seite 16).

Mit dem Start unserer Kampagne »Schmetterlingsland Baden-Württemberg« gehen wir ein weiteres ambitioniertes Ziel und schönes Naturschutzprojekt neu an. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Aktiven. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns für 2010 kleine und große Erfolge, schöne Naturerlebnisse und viel Glück.

Berthold Frieß
Berthold Frieß



INTERN

Naturschutztage 2010

Verantwortung liegt bei jedem Einzelnen

Ausgebuchte Seminare, voll besetzte Vorträge, lebhaft Diskussionen, großes Medienecho und fast 600 Teilnehmer: die Naturschutztage in Radolfzell vom 4.-6. Januar waren ein Erfolg für die Veranstalter und ein Erlebnis für große und kleine Besucher (s. Seite 10)

Landesvorsitzende Brigitte Dahlbender analysierte in ihrer Rede die Situation des Natur- und Umweltschutzes in Baden-Württemberg. Das Land müsse die Treibhausgasemissionen um 80-95 Prozent reduzieren und zu einer CO₂-neutralen Produktion übergehen. Eine Aufgabe, die Dahlbender mit einem großen Gebirge verglich, von dem die Landesregierung mit ihrer mutlose Nachhaltigkeitsstrategie und kleinteiligen Aktionen allenfalls punktuell kleine Steine abtrage. Gleichzeitig türme sie durch ihre nicht nachhaltige und kontraproduktive Politik im Klima-, Energie, Landwirtschafts- und Verkehrsbereich neue Brocken auf. »Der BUND hat sich zum Ziel gesetzt, die Politik mit Druck und Vehemenz zum Umdenken zu zwingen. Nachhaltigkeit soll in allen Politikfeldern oberstes Gebot werden«, sagte Dahlbender und kündigte verstärkten Widerstand der Umweltverbände etwa gegen die Atompolitik des Landes an. Den rund 500 Zuhörern im Saal des Kongresszentrums in Radolfzell rief sie zu »Wir müssen für unsere Ziele mutiger, aggressiver und umfassender vor Ort eintreten«. Als konkretes Beispiel nannte sie die Aushandlung neuer Konzessionsverträge, die zur Zeit in vielen Kommunen ansteht und ein Umsteuern ermöglichen.

Auch Gastredner Lutz Ribbe, naturschutzpolitischer Direktor von Euronatur, der in Brüssel die



Ausgestaltung einer natur- und klimafreundlichen Agrarpolitik vorantreibt, sieht den Einzelnen in der Verantwortung: »Brüssel ist unter uns«. Er forderte dazu auf, über Landtags- und Europaabgeordnete direkt Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Welches Konfliktpotenzial in konsequentem Eintreten für den Naturschutz steckt, erfuhren die Vertreter von BUND und NABU vor Ort. Rund 500 aufgebrachte Bodenseefischer demonstrierten am 4. Januar vor dem Kongresszentrum gegen den Schutz des Kormorans, den sie für den Rückgang der Fischbestände, v.a. der Äsche, verantwortlich machen. BUND und NABU dagegen sehen die steigende Wasserqualität und die fortschreitende Klimaerwärmung als Ursache für den Rückgang mancher Arten. Sie luden die Vertreter der Fischer zum Dialog und der Suche nach einer gemeinsamen Lösung des Problems ein.

Vorträge nachlesen unter www.naturschutztage.de